

Presseinformation

6. Oktober 2023

Kinder- und Jugendhilferferenten der Bundesländer trafen sich in St. Pölten

LR Königsberger-Ludwig: Wir haben heute insgesamt zwölf einstimmige Beschlüsse gefasst

Im Anschluss an die Konferenz der Kinder- und Jugendhilferferenten der Bundesländer in St. Pölten präsentierten Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig, die steirische Landesrätin Doris Kampus und Sara Schaar, Landesrätin in Kärnten, am heutigen Freitag die Ergebnisse bei einer Pressekonferenz. „Wir haben heute insgesamt zwölf einstimmige Beschlüsse gefasst. Kein Kind soll in Armut in Österreich aufwachsen müssen“, sagte Landesrätin Königsberger-Ludwig.

In Bezug auf die „Frühen Hilfen“ meinte Königsberger-Ludwig: Ziel der „Frühen Hilfen“ sei es, in belastenden Lebenssituationen rasche, bedarfsgerechte, professionelle und niederschwellige Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Die „Frühen Hilfen“ würden sich dabei in erster Linie an Schwangere und Familien mit Säuglingen und Kleinkindern bis drei Jahre richten, die sich in belastenden Situationen wie Überforderung, Armut, finanziellen Schwierigkeiten oder auch sozialer Isolation befinden würden, die vielleicht auch mit psychischen Problemen belastet seien. Die „Frühen Hilfen“ gebe es in Niederösterreich seit dem Jahr 2015 und seien mit Hilfe der Mittel des Bundes auf das ganze Bundesland ausgerollt worden. In diesem Zusammenhang laufe die 15a-Vereinbarung mit dem Bund mit Ende des Jahres aus und es brauche hier eine Weiterfinanzierung, um die multiprofessionellen Hilfen für Frauen auch in Zukunft anbieten zu können. 2022 seien in Niederösterreich 11.155 Kinder und Jugendliche (3,96 Prozent) von der Kinder- und Jugendhilfe betreut worden.

Im Hinblick auf die Fachhochschulen hob Landesrätin Königsberger-Ludwig hervor: Der Ausbau und die Finanzierung der Fachhochschulen für Ausbildungsangebote im Bereich Sozialarbeit für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen müsse vom Bund verstärkt werden. Diese Ausbildung dürfe nicht zu teuer sein und den Studentinnen und Studenten müsste dieses Angebot im Rahmen der Studiengebühren ermöglicht werden. Die Anzahl der Ausbildungsplätze in den Fachhochschulen sollten erhöht werden, so Königsberger-Ludwig.

Presseinformation

Landesrätin Doris Kampus führte aus: Die Corona-Pandemie habe viel Negatives bei unseren Familien ausgelöst. In der Steiermark könnten leider rund 2.000 Kinder nicht im Familienverband leben und es gebe 1.000 Pflegefamilien in ganz Österreich. Diese Pflegefamilien müssten noch besser unterstützt werden und es brauche unbedingt eine bessere sozialrechtliche Absicherung dieser Familien. Der Bund solle hier für einen einheitlichen hohen Standard in ganz Österreich sorgen. Dazu brauche es auch noch eine Kindergrundsicherung, welche die Bundesländer gemeinsam mit dem Bund entwickeln wollen. Dabei gehe es auch um den Zugang zu Bildung und Gesundheitseinrichtungen.

Landesrätin Sara Schaar meinte: Das Wohl unserer Kinder und Jugendlichen müsse auch ein Bundesthema sein und es solle eine Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner auf Bundesebene geben.

Weitere Informationen beim Büro Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig, Mag. Dr. Anton Heinzl, Telefon 02742/9005-12576, E-Mail anton.heinzl@noel.gv.at



von links nach rechts: STR Christoph Wiederkehr (W), LRin Eva Pawlata (T), LRin Doris Kampus (ST), LRin Ulrike Königsberger-Ludwig (NÖ), LR Christian Pewny (S), LRin Sara Schaar (K), LR Michael Lindner (OÖ) und LR Leonhard Schneemann (B)

© NLK Burchhart